

Organisierte Gewalt als ‚dunkle Seite‘ der Modernisierung:

Vom nationalen Krieg zum transnationalen Terrorismus¹

Von Bernhard Gill (Januar 2002)

Die Gewaltdrohung, die seit 1989 immer anderswo auf der Welt zu beklagen war, ist mit dem "11. September" (11.9.2001) auch in den Westen zurückkehrt. In dieser Situation werden wieder vielfach die realistische Doktrin von den nationalen Interessen oder Carl Schmitts existentielle Freund-Feind-Deutung bemüht. Unterstellt wird dabei, dass Staat, Volk, Raum, Nation und Krieg gleichsam anthropologische, also überzeitliche Konstanten wären, die nun unter dem Firnis von Liberalität und Zivilität wieder hervorträten. Demgegenüber soll hier gezeigt werden, dass diese Kategorien aus einem soziologischen Blickwinkel zu verstehen sind, dass sie also mit der Zeit und dem gesellschaftlichen Wandel ihre Wechselbeziehungen verändern und dass sie heute - jedenfalls in ihrer ursprünglichen Bedeutung - anachronistisch geworden sind.

Mein Essay besteht aus vier Teilen, die ich zunächst in Thesenform kurz vorstellen will: Als Erstes ist der Frage nachzugehen, warum sich die Soziologie bisher so wenig mit Krieg und organisierter Gewalt beschäftigt hat. Es scheint hier ein Missverständnis des modernen Krieges und seiner gesellschaftlichen Bedingungen vorzuliegen: Krieg wird quasi als Fremdkörper wahrgenommen, dessen soziale Bedingungen und Folgen von der Soziologie kaum reflektiert werden. In Wirklichkeit, so meine These, wird aber der Krieg durch die Gesellschaft und die Gesellschaft - jedenfalls zum Teil - vom Krieg und von der Kriegsvorbereitung geformt. Im zweiten Teil sollen dann diese Wechselwirkungen für die Zeit von 1789 bis 1945 skizziert werden. Man kann für diese Phase gleichsam von einer 'Demokratisierung' des Krieges sprechen, insofern die Kriegsführung sehr stark von Massenmobilisierung und breitenwirksamer Kriegsbegeisterung abhängig wurde. Die Kriegsführung setzte damals die Inklusion der Bürger in die Nation voraus und trieb diese Inklusion ihrerseits auch umgekehrt voran. Auf diese Weise wurde die Intensität des Schlagabtauschs immer weiter gesteigert. Doch die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki setzten hier die Wendemarke. Im dritten Teil will ich dann beschreiben, wie seit 1945 der 'große', zwischen Staaten geführte Krieg im Westen in den Hintergrund tritt und zur bloßen Kriegsdrohung erstarrt. Indem nämlich die Technisierung der Kriegsführung den wehrhaften Bürger zunehmend überflüssig macht, konnte sich das ehemals wehrhafte Volk sukzessive in der transnationalen Zivilgesellschaft auflösen. Die Regierungen hingegen verlagerten immer mehr Befugnisse auf intergouvernementale und supranationale Regime, so dass man hier fast von einer *Deterritorialisierung der Politik* sprechen kann. Schon vor 1989 ist also eine Abkehr vom Konzept des souveränen Nationalstaates zu beobachten. Diese Abkehr, so werde ich viertens und letztens darlegen, setzt sich auch angesichts *wachsender transnationaler Bedrohungen seitens nicht-staatlicher Akteure* fort - verstärkt sogar nach den Anschlägen vom 11. September.

¹ Dieser Aufsatz stellt eine erweiterte und leicht überarbeitete Fassung meines Habilitationsvortrages dar, den ich am 5. Dezember 2001 vor der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der LMU München gehalten habe. Ich danke den Mitgliedern des Habilitations-Kollegium, sowie den Angehörigen des Instituts für Soziologie, die den Probevortrag gehört haben, für Anregungen und Kritik.

1. Warum hat sich die Soziologie bisher kaum mit Krieg beschäftigt?

"Von allen Aspekten der *conditio humana*, der *historischen conditio humana*, ist der Krieg als inner- und zwischengesellschaftliches Phänomen zweifellos das am wenigsten erforschte Gebiet der Soziologie. Sie beschäftigt sich mit Bildung, Politik, Wirtschaft, Geschlechterrollen, abweichendem Verhalten, Spielsucht, Ethnizität und vielem mehr. Eigentlich mit allem - nur nicht mit Krieg." (Tiryakian 2000, S. 194)

Am Befund der weitgehenden Nichtbefassung seitens der Soziologie kann kein Zweifel bestehen - zumindest nach dem Zweiten Weltkrieg.² Aber warum ist das so? Dazu gibt es bisher im wesentlichen zwei Antworten: Hans Joas (1991; 1996), Martin Shaw (1988; 1991) und Anthony Giddens (1985) vertreten die Auffassung, dass die Soziologie aufgrund eines industrialistischen und liberalistischen Gründungsbias Krieg offenbar als ein atavistisches, vormodernes Relikt begreife, mit dem man sich - angesichts und in Erwartung fortlaufender Modernisierung - nicht eingehender zu befassen brauche. Michael Mann (2000) zeigt demgegenüber, dass sich die Soziologie vor dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere in Deutschland, sehr wohl systematisch mit diesem Thema beschäftigt hat. Erst durch den Sieg der USA sei es zur Ausbreitung und Dominanz der von Talcott Parsons inspirierten Modernisierungstheorie gekommen, die moderne Gesellschaften als genuin unkriegerisch darstellt. Er sieht die Modernisierungstheorie mithin als Siegerideologie, die die Gewaltneigung der Moderne leugnet und den Achsenmächten und später im Kalten Krieg der Sowjetunion einseitig die Schuld an allen Konflikten zuschreibt.

Ich will hier selbst eine dritte Erklärungsvariante hinzufügen, die auf die Arbeitsteilung zwischen den sozialwissenschaftlichen Disziplinen rekurriert (vgl. Wittrock 2001). Die Soziologie hat demnach die Gesellschaft vor allem als *nationalstaatliche* Gesellschaft aufgefasst, die, gleichsam in ein Haus oder einen Container gesperrt, ihre Außenbeziehungen nur durch eine einzige Pforte pflegt, die von der Regierung kontrolliert wird. Krieg wird mithin als Regierungsgeschäft aufgefasst und zur Untersuchung an die Regierungslehre, also die Politikwissenschaft delegiert.³ Krieg wird demnach lediglich in seinen Konsequenzen beachtet, die gleichsam wie Naturereignisse durch die internationale Pforte hereinbrechen.

² Zur Übersicht über die ältere soziologische Literatur: Joas/Steiner 1989; Joas 2000a. Zur neueren soziologischen Literatur: Knöbl 1993; Etrich 2001. In Lehr- und Handbüchern der Soziologie findet sich fast nichts zu diesem Thema; entsprechende Publikationen sind - jedenfalls bis in die jüngere Zeit - rar geblieben (Shaw 1988, S. 13). Selbst unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ergibt sich dieser Befund: Alvin Gouldner zählte in 25 Einführungswerken, die zwischen 1945 bis 1954 erschienen waren, nur 275 von insgesamt 17.000 Seiten, die sich in irgendeiner Weise mit den gesellschaftlichen Bedingungen, Formen und Auswirkungen von Krieg beschäftigten (Shaw 1988, S. 135, FN 5). Auch die Militärsoziologie hilft diesem Manko nicht ab, weil sie sich kaum mit grundlegenden Fragen befasst, sondern als spezielle und anwendungsorientierte Organisationssoziologie auf die praktischen Motivations- und Führungsprobleme des Militärwesens zugeschnitten ist (vgl. z.B. Vogt 1986; 1988).

³ Natürlich spielt in diesem Zusammenhang auch die Geschichtswissenschaft eine wichtige Rolle. Früher gab es hier aufgrund des methodologischen Schismas zwischen hermeneutisch-idiographischen und nomologisch-deduktiven Verfahrensweisen ("Verstehen" vs. "Erklären") eine recht klare Rollenteilung, indem sich die Geschichtswissenschaft ganz der möglichst akribischen Beschreibung von Einzelfällen und der Deutung des "epochalen Geistes" widmete und eine systematischere sozialwissenschaftliche Deutung der Ökonomie, der Soziologie und der Politikwissenschaft überlassen blieb (vgl. Weber 1951; Meinefeld 1995). Seit den 1970er Jahren haben sich aber in den Geschichtswissenschaften vermehrt sozialwissenschaftliche Deutungsformen durchgesetzt, so wie nun umgekehrt in den Sozialwissenschaften die Bedeutung kontingenter Ereignisse und Entwicklungspfade stärker betont wird. Allerdings ist es bisher bei der klassischen Arbeitsteilung geblieben - die Geschichtswissenschaft beschäftigt sich weiterhin mit Krieg und beschreibt ihn heute eben auch (ein bisschen) soziologisch, während die Soziologie bei ihrer Ignoranz verharrt, ob-

Diese Sichtweise wird umgekehrt, soweit ich sehen kann, von den dominanten Strömungen in der Politikwissenschaft weitgehend bestätigt: Krieg wird dort als zentraler Gegenstand aufgefasst, weil und soweit er mit dem Westfälischen Frieden von 1648 zur Staatsangelegenheit geworden ist. Analysen und Strategien werden aus dem Blickwinkel der Internationalen Beziehungen und von scheinbar vorgängig gegebenen Staatsinteressen aus formuliert, wobei man Demografie, Geografie und technisch-industrielle Entwicklung als Randbedingungen einkalkuliert und im übrigen davon ausgeht, dass sich die Bevölkerung nach Maßgaben der Regierung sowohl mobilisieren wie auch demobilisieren lässt. Krieg wird hier als Konsequenz von Regierungsentscheidungen beschrieben, die sich aber kaum aus dem Eigensinn der Gesellschaften, sondern vor allem aus der Konstellation der staatlichen Außenbeziehungen ergeben.⁴

Man muss gar nicht bestreiten, dass diese Auffassung vom Krieg *normativ* in gewisser Weise sinnvoll erscheinen kann, indem sie den Krieg zu einer berechenbaren und begrenzbaren Angelegenheit zu machen versucht. Die Clausewitzsche Sentenz vom 'Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln' bedeutet dann, dass der Krieg politisch wohlkalkuliert eingesetzt wird und sich nicht gegen die Politik verselbständigt. *Historisch-analytisch* betrachtet war dieses Paradigma vom rationalen Staatenkrieg aber nur in der Zeit des Absolutismus wirklich angemessen, also in der Zeit, in der die Fürsten relativ frei ihre Staatsinteressen definieren konnten, ihre Söldnerheere zur Schonung des Staatssäckels mehr taktieren als kämpfen ließen, und auf die Bevölkerung noch wenig Rücksicht nehmen mussten. Die Erfahrung dieser Zeit hat das Clausewitzsche Werk "Vom Kriege" auch im wesentlichen geprägt (Münkler 1992, S. 92ff.). Mit der 'Levée en masse' von 1793 ist aber eine andere Zeit angebrochen, in der die Kriegsvorbereitung immer breitere Schichten der Gesellschaft erfasste. Die Kriegsführung wird dabei zunehmend von innenpolitischen Dynamiken bestimmt, die dann auch eine rationale Kalkulation und Begrenzung der Kriegsziele durchkreuzen. Aber die dominante Form der organisierten Gewaltausübung blieb weiterhin staatlich; denn sie sprengte nicht die Identität der Staaten, sondern suchte diese zu erweitern, indem sie Staat und Volk miteinander verband.

Seit 1945 und verstärkt seit 1989 drängen sich jedoch auf den Monitoren der Westlichen Welt Gewaltformen in den Vordergrund, die weder von Staaten ausgehen noch die Macht im Staate anstreben und teilweise auch nicht mehr nur von politischen, sondern verstärkt von ökonomischen, religiösen und expressiven Motiven angetrieben werden. Die organisierte Gewaltausübung ist also schon lange nicht mehr rational im Sinne einer außenpolitischen Doktrin,

wohl sie mittlerweile über kategorielles und methodologisches Rüstzeug verfügt, um neue und interessante Perspektiven einzubringen.

⁴ Diese Auffassung findet sich vor allem bei der Doktrin des 'Realismus', die während des Kalten Krieges dominant war und auch heute noch viele Anhänger hat. Doch auch die ebenfalls stark vertretene und unmittelbar konkurrierende Doktrin des 'Liberalismus', die marktwirtschaftlichen Demokratien eine stärkere Friedensneigung und Bündnistreue zuschreibt, konzentriert sich vor allem auf die Regierungsgeschäfte und die außenpolitischen Bezüge (zur Übersicht: Pearson/Rochester 1988, S.15ff.; Meyers 2000a; 2000b). Diesen beiden Hauptströmungen steht das 'konstruktivistische' und 'transnationale' Paradigma gegenüber. Es setzt die Souveränität des Staates und das Internationale Staatensystem nicht einfach voraus, sondern fragt nach den Prozessen und Beziehungen, die Staaten und Staatensysteme allererst konstituieren und je transformieren. So deuten etwa Rey Koslowski und Friedrich Kratochwil (1994) die Auflösung der Sowjetunion nicht als 'Niederlage' im Wettrüsten zwischen Staatenblöcken, sondern als Folge von zivilgesellschaftlichen Ost-West-Kontakten und der mit der polnischen Solidarnosc anhebenden sozialen Bewegung, die sich allmählich über den gesamten Ostblock ausbreitete. In ähnlicher Weise hebt die 'existentielle Deutung' des Krieges auf innenpolitische und innergesellschaftliche Mobilisierungs- und Identifikationsmechanismen ab - hier wird der Krieg nicht als Instrument für bereits gegebene Staatsziele, sondern als Mittel zur Herstellung und Festigung der Volksgemeinschaft verstanden (Münkler 1992; Meyers 1995). In dieser Weise machen 'konstruktivistische', 'transnationale' und 'existentielle' Theorien des Krieges natürlich von soziologischen Denkmustern Gebrauch, auch wenn sie zumeist von Politikwissenschaftlern formuliert werden.

und sie ist nun auch nicht mehr ausschließlich oder vorwiegend staatlich. Wenn also schon mit der französischen Revolution das Denken über den Krieg soziologisch werden musste, so gilt dies erst recht seit 1989 und dem 11. September, weil sich nun die Sicherheit nicht mehr aus den Gleichgewichten zwischen Staaten, sondern aus transnationalen Beziehungen ergibt, in denen die Identität von Staat, Volk und Bürgern zunehmend aufbricht.

Eine soziologische Betrachtung des Krieges müsste also ins Auge fassen, welche gesellschaftlichen Bedingungen Krieg ermöglichen und in seiner Gestalt formen und wie umgekehrt der Krieg und die Kriegsvorbereitung die Gesellschaft beeinflussen und verändern. Der Schwerpunkt der Betrachtung liegt dann nicht so sehr bei den Beziehungen zwischen Staaten, so wichtig diese auch sein mögen, sondern stärker bei der gesellschaftlichen Integrationsproblematik, also bei den Beziehungen zwischen Menschen - innerhalb der Nation oder weltweit. Diese Wechselwirkung zwischen Krieg und Gesellschaft möchte ich im folgenden Punkt anhand der Nationenbildung aufzeigen, die sich infolge der Französischen Revolution in Europa vollzogen hat.

2. **Modernisierung als Voraussetzung und Folge des Krieges - die Zeit von 1789 bis 1945**

Volksheere, so hatte Frankreich in den Napoleonischen Kriegen erstmals gezeigt, sind billiger und disziplinierter als Söldnerheere (Parker 1990). Für alle größeren Staaten, die im Konkurrenzkampf bestehen und souverän bleiben wollten, ergab sich infolgedessen der Zwang zur Massenmobilisierung und Volksbewaffnung (Frevert 1997; Foerster 1994; Opitz/Rödiger 1995; Wette 1999).⁵ Diese stellte jedoch für die damaligen Machthaber systematisch ein zweifaches Problem dar:

- (1) Als erstes stellte sich das Problem, wie man Menschen dazu bringt, Haus und Hof zu verlassen, sich fremdem Drill zu unterwerfen, zu kämpfen und zu sterben. Wie motiviert man lokal und familial verwurzelte Individuen, trotz aller ethnischen und religiösen Unterschiede und trotz der Klassenspaltung, *zusammen* und für eine 'gemeinsame Sache' zu kämpfen? Wie kann man das Finanzkapital, die Industriellen und die Arbeiter für die industrialisierte und zunehmend totalisierte Kriegsökonomie gewinnen - angesichts der Tatsache, dass

⁵ Dieser Zwang führte im Verlauf des 19. Jahrhunderts auch zu einer weiteren Reduktion souveräner Gebietskörperschaften in Europa. Allerdings handelt es sich hier um einen säkularen Trend, der schon mit der Einführung der Feuerwaffen im 16. Jahrhundert begann und der feudalen Dezentralisierung der Herrschaft im Mittelalter entgegenwirkte (Elias 1976). Gewehre erhöhten die militärische Wirkung des gemeinen Mannes gegenüber Rittern; Kanonen zwangen zur Revolutionierung des Festungsbaus (Parker 1990; vgl. Perrin 1996 für die Situation in Japan, wo diese Entwicklung von den Samurai, dem dortigen Schwertadel, aus sozialrestaurativen Gründen lange Zeit erfolgreich unterbunden wurde). Söldnerheere und der neue Festungsbau konnten aber nur von vermögendere Fürsten unterhalten werden - hier ergab sich dann eine Machtkonzentration und ein evolutionärer Vorteil der Geld- gegenüber der Subsistenzwirtschaft mit einem entsprechenden Aufstieg der Städte. War diese erste "militärische Revolution" primär technisch, so war die zweite primär sozial induziert - sie bestand im Austausch einer extrinsischen gegen die intrinsische Motivierung der Soldaten (nationale Begeisterung statt Geld und Spießbruten). Die Soldaten neigten nun weniger zum Desertieren und Marodieren. Deswegen konnten sie in lockeren Formationen und breiteren Linien geführt werden - so konnte man leichter Deckung im Gelände suchen und Festungen einfach umgehen und vom Nachschub abschneiden, statt sie langwierig zu belagern. Man musste auch keinen großen Versorgungstross mehr mitführen, sondern verproviantierte die Armee unterwegs durch Requirierung - dadurch wurde sie erheblich mobiler. Wichtig waren natürlich auch die gesunkenen Unterhaltskosten - die Armeen des Nationalstaates waren entsprechend sehr viel größer als die Söldnerheere des Absolutismus.

Bourgeoisie und Arbeiterschaft eigentlich internationalistisch orientiert sind (Mann 2000)? Das ist also kurzgefasst das Problem der Mobilisierung und nationalen Kollektivierung.

- (2) Mit der Lösung dieses ersten Problems tritt aber sogleich ein zweites auf: Werden die einmal mobilisierten Soldaten die von den Machthabern ins Auge gefassten Kriegsziele verfolgen oder die Waffen plötzlich gegen die herrschenden Eliten richten? Diese revolutionäre Option hatte Friedrich Engels im Auge, als er die Volksbewaffnung propagierte (Shaw 1988). Und tatsächlich gab es, wie Theda Skocpol (1979; 2000) gezeigt hat, ein Kontinuum zwischen Revolution und Krieg, Krieg und Revolution. Denn beides erfordert und bewirkt emotionale Erregung, soziale und logistische Kollektivierung. Die Pariser Kommune, die Russische Revolution, die deutsche Novemberrevolution und die Chinesische Revolution sind nicht aus den Fabriken, sondern aus dem Krieg hervorgegangen. Die alten Regime waren sich dieser Problematik sehr wohl bewusst. Darum hat auch der Wiener Kongreß 1815 das Gespenst der Volksbewaffnung wieder aus der Welt zu verbannen gesucht - vergeblich.

Wie ist man diesen beiden Problemen im Verlauf der Geschichte nun begegnet? Die US-amerikanische und die britische Kriegssoziologie haben hier die These aufgestellt, dass die Massenmobilisierung die Demokratie und den Sozialstaat hervorgebracht hätte (Giddens 1985; Shaw 1991; Mann 2000; Marwick 1974; Pope 1991; Andreski 1968). Tatsächlich wurde das allgemeine und gleiche Wahlrecht in vielen der beteiligten Staaten während oder kurz nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt, das Wahlrecht für Frauen dann spätestens kurz nach dem Zweiten Weltkrieg (Meyers 1999; Janowitz 2000; Berg 2000). Der Ausbau der Sozialversicherung in Großbritannien stand ebenfalls in zeitlichem Bezug zum Kriegsgeschehen - er wurde in längeren Friedenszeiten teilweise auch wieder zurückgenommen. Die Gewerkschaften gewannen in den Rüstungsbetrieben während der Weltkriege eine besondere Verhandlungsmacht (Reid 1988). Der Keynesianismus konnte schließlich in den USA und Großbritannien im Zuge der Kriegsökonomie des Zweiten Weltkriegs etabliert werden (Haferkamp 2000). Auch auf Seiten der benachteiligten Gruppen - wie den Schwarzen in den USA, den Sozialdemokraten und den Juden in Deutschland - glaubte man, durch Wehrbeteiligung und Blutopfer den bürgerrechtlichen Status verbessern zu können.

Dennoch klingt die Vorstellung vom Krieg als 'Vater' von Demokratie und Sozialstaat gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte befremdlich.⁶ Im preußischen Militarismus wurde nämlich eine Methode entwickelt, die französische Innovation zu adaptieren, *ohne* das autoritäre Regime zu gefährden: Man nutzte hier - nach anfänglichem Zögern - die Wehrpflicht

⁶ Generell ist anzumerken, dass das Phänomen der 'Gleichstellung durch Krieg' historisch und sozialanthropologisch betrachtet nur in sehr spezifischen Konstellationen auftaucht, während in vielen anderen Konstellationen Krieg mit Requirierung, Zwangsrekrutierung und Versklavung einhergeht: Gerade die Literatur zum 'Early State' legt nahe, dass Krieg die wichtigste Ursache (und Folge) von sozialer Stratifizierung und Staatenbildung war (Shaw 1988, S. 21). 'Gleichstellung durch Krieg' findet nur statt, wenn unter den entsprechenden kulturellen, militärtechnischen und strategischen Bedingungen Massenmobilisierung opportun wird (vgl. Andreski 1968; Jagodzinski/Weede 1980). Auch die 'Gleichstellung der Frauen durch Krieg' ist im wesentlichen ein Mythos: Sie tritt ohnehin nur auf, wenn aufgrund einer sehr weitgehenden Mobilisierung der Männer Frauen in deren Stellungen einrücken - wie etwa im Zweiten Weltkrieg vor allem in Großbritannien (während in Nazi-Deutschland in der Industrie vor allem Zwangsarbeiter eingesetzt wurden - vgl. Summerfield 1988 zu GB; Roseman 1988 zu D). Nach dem Krieg wurden aber sehr schnell wieder die alten Verhältnisse restauriert. Das ist auch wenig verwunderlich, denn die Kriegspropaganda beförderte bisher noch immer patriarchalische und organisatorische Konzeptionen der Geschlechterbeziehungen (Higonnet et al. 1987, S. 7). Anders ausgedrückt: Der Krieg 'vermännlicht' Männer und Frauen, indem er Männer zu Kriegerern und Frauen zu Arbeitern macht, während der Frieden beide Geschlechter wieder 'verweiblicht' und 'verweichtlicht' (Higonnet/Higonnet 1987).

ganz bewusst und ganz dezidiert 'als Schule der Nation'. So gelang es dem adeligen Offizierskorps, breite Schichten der Bevölkerung von regionalen und klassenbezogenen Identifizierungen abzubringen und auf den Ruhm des Vaterlandes, auf Militär und Krone einzuschwören (Frevert 1997a, Kiernan 1973). Wie erfolgreich diese Methode war, sieht man an den sogenannten Kriegervereinen, in denen sich vor dem Ersten Weltkrieg immerhin 15 Prozent der Wahlberechtigten, meist Männer aus den unteren Schichten, freiwillig organisiert hatten (von Friedeburg 1997). Sie hielten die Erinnerung an Krieg, Militärdienst und Kameradschaft wach und sorgten so für die Verbreitung von Deutschlands Glanz und Glorie im grauen Alltag.

So scheint die Massenmobilisierung idealtypisch also entweder Demokratie und Sozialstaat oder Nationalismus und Chauvinismus nahezulegen - entweder materielle Beteiligung oder symbolische Anteilnahme. Die USA und Großbritannien sind mehr dem ersten Idealtyp - Deutschland und Japan (Saaler 2000, Weiss 1993) mehr dem zweiten Idealtyp zuzurechnen. Tatsächlich haben sich aber alle Nationen *beider* Mittel bedient, in jeweils unterschiedlichen, landesspezifischen Entwicklungsprozessen.⁷ Natürlich mussten Industrie und Technik auch die notwendigen Informationsmedien, Verkehrsmittel und Waffen bereitstellen. Zudem erforderte die Massenmobilisierung die Entfaltung und Verdichtung staatlicher Verwaltungsstrukturen. So konnten Volk und Regierung sich allmählich gegenseitig durchdringen: Die Verschmelzung von Staat und Nation gipfelte schließlich im Zweiten Weltkrieg als Höhepunkt der Massenmobilisierung und der industrialisierten Kriegsführung.

Im Unterschied zur herkömmlichen Modernisierungstheorie ist also zu resümieren, dass Modernisierung nicht allein auf endogenen Prozessen beruht, sondern auch von außen angetrieben ist. Die Moderne ist im Krieg geboren und wird bis zum Zweiten Weltkrieg und noch

⁷ Insofern ist die These vom deutschen 'Sonderweg' zurückzuweisen, mit der die Theorie vom friedfertigen Charakter der Industrialisierung, der Modernisierung und der Demokratie gewöhnlich 'gerettet' wird (vgl. Joas 1996, S. 17f.). Michael Mann - eine Brite - hat zu diesem Punkt den radikalsten Widerspruch formuliert, indem er den modernen Genozid nicht auf die Abwesenheit, sondern die Existenz der Demokratie zurückzuführen versucht: "Die Art und Weise, in der man den Klassenkonflikt durch die Gewährung bürgerlicher Partizipationsrechte entschärfte, hat die Welt gefährlicher gemacht" Mann 2000, S. 42). Die angebliche Friedfertigkeit der liberalen Demokratien relativiert er unter anderem mit dem Verweis auf die Grausamkeit der Kolonialherrschaft und den US-amerikanischen und australischen Genozid an den Ureinwohnern (Mann 1999). Dennoch diagnostiziert auch er einen Unterschied zwischen 'liberalen' und 'organischen' Demokratien. Letztere neigten dazu, das über ethnische Zugehörigkeit definierte 'Volk' ganz ins Zentrum zu rücken und entsprechend rücksichtslos gegen die 'ethnisch Anderen' vorzugehen. Demgegenüber seien liberale Demokratien extrem stark stratifiziert und - ähnlich wie die absolutistische Ständegesellschaft - vor allem durch den internen Klassenkonflikt okkupiert. Der schwache Staat sei vor allem mit dem Ausgleich zwischen den intern widerstreitenden Interessen beschäftigt und gebunden. Klassenkonflikte - ähnlich wie Differenzen aufgrund von Geschlecht oder Alter und *anders* als politische, religiöse und ethnische Differenzen - müssten auf Dauer unblutig gelöst werden, weil man auf gemeinsame (Re-)Produktion angewiesen sei und daher nicht zum Mittel der Vertreibung oder Vernichtung greifen könne. Daher entwickelten liberale Gesellschaften insgesamt etwas zivilere Umgangsweisen gegenüber den religiös und ethnisch Anderen. Meines Erachtens kann man hier noch eine weitere Überlegung anstellen: Großbritannien - ähnliches gilt für die USA, Australien und Kanada - war nie durch Landkrieg bedroht. Großbritannien hat deshalb auch bis zum Ersten Weltkrieg auf die Massenmobilisierung verzichten können - für den Zusammenhalt des Kolonialreichs war eine kleine und teure, aber gesellschaftlich nicht sehr einflussreiche Berufarmee zuständig. Dadurch ist Großbritannien im 19. Jahrhundert auch nicht so stark in den Sog der nationalen Identifikation hineingeraten. Insofern könnte man auch aus kontinentaleuropäischer Sicht von einem britischen oder generell von einem 'insularen Sonderweg' sprechen. Zudem wäre zu überlegen, ob es nicht auch noch einen dritten Entwicklungspfad gibt: Die skandinavischen Gesellschaften - mit Esping-Anderson (1990) könnte man sagen: Gesellschaften vom sozialdemokratischen Typ - haben einen starken inneren Zusammenhalt, aber in den letzten zwei Jahrhunderten von sich aus kaum Krieg geführt. Allerdings könnte das auch mit ihrer geringen Bevölkerungszahl und ihrer geostrategischen Lage zusammenhängen.

darüber hinaus durch den Krieg und die Kriegsvorbereitung geformt. Diese Entwicklung wurde zwar von Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg besonders forciert, aber sie ist dort keineswegs einzigartig gewesen. Eine Tendenz zu wechselseitiger Aggressivität scheint vielmehr generell in der Nationenbildung im Keim angelegt. Denn die innere Einigkeit wird durch die Distanz gegenüber einem Außen erzeugt und umgekehrt droht von außen immer wieder Krieg, der zur inneren Einigkeit zwingt. Militarisierung und autoritäre Kollektivierung bedingen sich also gegenseitig, solange die Kriegsdrohung und der Zwang zur Massenmobilisierung nicht durchbrochen werden können. Dass dies jedoch nach 1945 in gewisser Weise geschehen ist - davon handelt der dritte Punkt.

3. Post-militärische Gesellschaft: Das Einfrieren des modernen Krieges und die Entfaltung transnationaler Zivilgesellschaft

An die Stelle von Völkern und Nationen, tritt - zumindest in der Westlichen Welt - nach 1945 transnationale Zivilgesellschaft: Nicht *die* Zivilgesellschaft und auch nicht Zivilgesellschaften im Plural, weil Zivilgesellschaft keine klaren Grenzen hat und mehr ein Phänomen und Prinzip als eine Wesenheit darstellt. Zivilgesellschaft meint Individualisierung, also die Auflösung aller Schicksalsgemeinschaften und die Kündbarkeit aller festen kollektiven Einbindungen - der Ehren, der Nachbarschaften, der Arbeitsverhältnisse, der Religionen, der Gewerkschaften, der Parteien. Also auch der Volksgemeinschaften. Nicht dass allzu viele Individuen aus der Staatsbürgerschaft austreten würden, aber die Migration hat weltweit zugenommen, und viele identifizieren sich nicht mehr so stark, so dauerhaft und so selbstverständlich mit dem Nationalstaat. Die Individuen sehen den Staat heute mehr als Dienstleister und weniger als Gegenstand der Verehrung. Sie sind auch immer weniger bereit, Wehrdienst zu leisten, in den Krieg zu ziehen und zu sterben (Lippert 1995; Vogt 1986; 1988). Dabei sind die *profanen* Forderungen an den Staat durchaus gewachsen: Er soll nicht mehr nur die Innere und Äußere Sicherheit bewahren. Er soll jetzt auch für ökonomischen Wohlstand, für sozialen Ausgleich und eine saubere Umwelt sorgen. Aber durch diese Vervielfachung der Ansprüche ist die Gewaltdrohung nur noch eine Bedrohung unter anderen. Sie steht im medialen Auf und Ab konkurrierender Tagesaktualitäten mal mehr und mal weniger im Vordergrund, ist aber kaum mehr dauerhaft als kollektive Obsession mobilisierbar.

Diesem Zivilisierungs-Prozess kommt - paradoxerweise! - die Entwicklung von Distanzwaffen und Massenvernichtungsmitteln entgegen (vgl. van Creveld 1998). Und zwar in zweierlei Weise: Zunächst führen sie ganz offensichtlich zur Ent-Heroisierung des Krieges und der Krieger. Denn im Unterschied zum Nah- und Zweikampf, aus dem sich das Kriegerethos speist, braucht man zu ihrer Bedienung keinen besonderen Mut, weil man aus der Distanz und aus sicherer Stellung schießt. Und bei der Abwehr zählt eher Feigheit als Geschicklichkeit, denn getroffen wird man im Geschosshagel zufällig (Perrin 1996; Schmitt 1996: 74f.). Distanzwaffen führen also zu einer weitgehenden Entkopplung von Angriff und Verteidigung. Mit zunehmender Distanz und Feuerkraft seitens der Angreifer, verbesserten Tarn- und Täuschungsmöglichkeiten der militärischen Verteidigung sind so die Zivilisten immer mehr zu den eigentlichen Betroffenen des Krieges geworden.⁸ Die Wahrnehmung des Krieges als individuell vollkom-

⁸ Im Ersten Weltkrieg kam auf neun tote Soldaten ein ziviler Toter, in den 1990er Jahren liegt das Verhältnis umgekehrt bei neun zivilen Opfern je einem toten Militär (Ferdowsi 1996: 311). Die heute so hohe Zahl an zivilen Opfern ist aber auch auf eine veränderte Strategie zurückzuführen, bei der man nicht mehr gegen militärische Stellungen vorgeht, um Gebiete zu erobern, sondern stattdessen die Zivilbevölkerung

men sinnloser Abschlachtereie wurde schon im Ersten Weltkrieg zur Massenerfahrung, die dem Pazifismus dann erstmals breitere Resonanz verschaffte (Fiedler 1989). Zum zweiten wird durch die atomare Drohung, aber auch mit der weiteren Technologisierung der konventionellen Bewaffnung, die Wehrpflicht zunehmend ineffektiv. Für die Bedienung der hochlaborierten Kriegsmaschinerie braucht man relativ wenig, dafür aber umso besser ausgebildetes Personal. In vielen Staaten wurde die allgemeine Wehrpflicht entsprechend schon vor 1989 abgeschafft (Rödiger 1995). Wichtiger noch als der nachlassende Zugriff der Wehrpflicht ist der lange, atomgestützte Frieden seit 1945. Von denjenigen, die unter 65 Jahre alt sind, war in den OECD-Staaten fast keiner mehr aktiv im Krieg. Der auf Kriegserfahrung beruhende Kriegesgeist ist also langsam auf demografischem Wege aus der Gesellschaft verschwunden.⁹

Allerdings hat sich auch der Staat seit 1945 von der Nation, also der Durchdringung von Volk und Regierung teilweise gelöst - jedenfalls in Mittel-Europa, das bis dato Ausgangspunkt der großen Kriege war. Die außenpolitische Souveränität ist seither immer mehr in intergouvernementalen bzw. supranationalen Regimen, wie der NATO, der KSZE und der EU aufgegangen, die den einzelnen Staaten die Entscheidung über Krieg und Frieden faktisch mehr oder weniger entziehen. Die Nation stützte sich entsprechend in der Nachkriegszeit eher auf die Entfaltung der Wirtschaft und die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats, als auf militärische Bindemittel (Esping-Andersen 1990). Mit Martin Shaw (1991) könnte man daher auch von 'post-militärischer Gesellschaft' sprechen.

Kriegsführung trifft in der post-militärischen Gesellschaft auf einen weitgehend veränderten Legitimationsbedarf (vgl. Nederveen Pieterse 1996): Man rüstet und kämpft nicht mehr gegen Völker, die minderwertig, bössartig oder ideologisch verblendet sind, sondern gegen staatliche oder nicht-staatliche Machthaber, die die Bevölkerung in ihrem Umkreis oder sonstwo auf der Welt terrorisieren und massakrieren. Frieden und Menschenrechte sind zu den im 'Westen' einzig reklamierbaren Kriegszielen geworden, nicht mehr die Bewahrung und Verbreitung der eigenen nationalen Ideen. So wie Zivilgesellschaft aufhört, mit der eigenen Regierung verschweißt zu sein, so hört sie auch auf, anderswo auf der Welt Volk und Regierung automatisch zu identifizieren. Sie denkt nicht mehr völkerrechtlich, sondern menschenrechtlich, also in letzter Konsequenz welt-innenpolitisch.¹⁰

terrorisiert und vertreibt. Zudem ist bei vielen Konflikten zu beobachten, dass die Unterscheidung zwischen 'militärisch' und 'zivil' zunehmend aufgelöst wird (Kaldor 2000; Meyers 1995).

⁹ Selbstverständlich gilt diese Aussage nur für die 'westliche Welt', und für die auch nur mit gewissen Einschränkungen: Großbritannien, Frankreich und USA treten immer wieder als Interventionsmächte in der 'Dritten Welt' auf - allerdings eher in material- als personalintensiver Form. In der Dritten Welt hingegen hat seit dem Weltkrieg eine Vielzahl von Kriegen stattgefunden, bei denen ca. 30-40 Millionen Menschen ums Leben kamen (zum Vergleich: im Ersten Weltkrieg waren es 12 Millionen, im Zweiten Weltkrieg 56 Millionen Tote) - angesichts dieser Zahlen sprechen manche auch vom 'Dritten Weltkrieg' (Ferdowsi 1996: 311).

¹⁰ Einen interessanten Präzedenzfall gibt es allerdings schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als die Europäischen Großmächte zugunsten der griechischen Bevölkerung und ihres Freiheitskampfes gegen die Türkei militärisch intervenierten (Hillgruber 2001). Ein Präzedenzfall ist dies insofern, als die Großmächte - damals wie heute - von der europäischen Öffentlichkeit dazu angetrieben wurden und sich nicht aus eigenem Regierungs- und Machtkalkül dazu entschieden hatten. Ein Unterschied besteht allerdings darin, dass damals eine Intervention aus nationalem Eigeninteresse völkerrechtlich als legitim angesehen wurde, während eine Intervention aus humanitären Gründen eher als suspekt galt (weshalb die Großmächte dann für ihre Intervention Eigeninteressen fingierten). Zudem ist - gegen Hillgrubers Interpretation - zu fragen, inwieweit die europäische Öffentlichkeit damals tatsächlich aus rein humanitären Gründen - also wegen der Verletzung *individueller* Menschenrechte - aufgebracht war, oder ob es sich hier nicht eher um Sympathie für die griechischen *Nation* handelte, die man in ihrem Freiheitskampf gegen das Ancien Regime der türkischen Kolonialherrschaft unterstützen wollte. Diese ältere Differenz zwischen Staat und Nation (vgl. da-

Deutlich wurde diese Entwicklung hin zur post-militärischen Gesellschaft etwa in den Reaktionen auf den Vietnamkrieg (Joas 2000). Es gab wenig Begeisterung für die Wehrpflicht, die in dieser Zeit wieder eingeführt worden war; sie hielt sich besonders in der Mittelschicht stark in Grenzen. Das kollektive Ziel, im Vietkong den Kommunismus zu bekämpfen, überzeugte wenig. Viel stärker wirkten die Fernsehbilder von den Massakern, die in militärhistorischer Hinsicht gar nicht so ungewöhnlich waren - gegen Guerilla-Attacken war man schon seit Napoleon immer sehr grausam verfahren. Aber diese Bilder von einzelnen leidenden Menschen brachten das Publikum so sehr gegen die amerikanische Kriegsführung auf, dass die Stimmung völlig kippte. Die Verfemung des Krieges ging soweit, dass heimkehrende Soldaten - statt als Kriegshelden empfangen zu werden - sich am Flughafen auf der Toilette die Uniform auszogen, weil sie zuhause möglichst als Zivilisten ankommen wollten. Der Vietnamkrieg ging trotz haushoher militärtechnischer Überlegenheit des Westens verloren - wie auch andere Befreiungskriege der ehemaligen Kolonialvölker nach dem Zweiten Weltkrieg (Arreguín-Toft 2001; Haffner 2000; Münkler 1992, S. 111ff., S. 142ff.).

Für die Zeit von 1945 bis 1989 kann man also konstatieren, dass die Kriegsdrohung in Europa technologisch und dabei übermächtig geworden war - sie führte sich selbst ad absurdum. Zudem war durch die supranationale Einbindung der ehemals souveränen Nationalstaaten in NATO und Warschauer Pakt eine relativ übersichtliche Lage entstanden. Die Staaten entließen ihre Völker zunehmend aus dem Griff der Wehrverpflichtung, wie auch umgekehrt die aus anderen Gründen um sich greifende Individualisierung den kollektiven Wehrwillen unterminierte. Erst jetzt entstand jene (relative) Friedfertigkeit, die die liberale Theorie den Demokratien schon immer, als gleichsam von Geburt an gegebene Wesensart, zugeschrieben hatte - wohl mehr wegen des gewachsenen Wohlstands als aufgrund der demokratischen Verfassung (Gartzke 2001). Die Idee der Zivilgesellschaft griff aber auch auf den Warschauer Pakt über und Gorbatschow versuchte, diese Impulse für die Reform des Kommunismus zu nutzen (Kosłowski/Kratochwil 1994). Der *staatlich* geführte Krieg war damit aus der OECD-Welt fürs erste verschwunden.¹¹ Dass damit noch kein Friede eingetreten ist - davon handelt der nächste Punkt.

4. Transnationale Bedrohung und die Reaktionen des Staates

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten lösen sich nicht nur aus ihrer Fixierung auf die Nation, sie werden zugleich zunehmend transterritorial. Das heißt, dass Migranten, Waren, Finanzkapital, Informationen und kulturelle Symbole über die Staatsgrenzen verstärkt hin- und herströmen. Daraus erwachsen aber auch transterritoriale Gefährdungen, die sich mit diesen Strömen ausbreiten - Umweltverschmutzung, Börsencrashes, Rinderwahnsinn als nicht-intendierte Nebenfolgen (Beck 1996) sowie Menschenschmuggel, Waffenproliferation, Giftmülltransport und Drogenhandel als Import/Export-Geschäft des Bösen (Rosenau/Gay/Mussington 1997; Gunaratna 2001). *War es vor 1989 noch der bis an die Zähne bewaffnete Staat, vor dem man sich*

zu Barkin/Cronin 1994), die zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufkam, ist meines Erachtens deutlich von der gegenwärtigen Neuformierung von staatlichen, kollektiven und individuellen Rechten zu unterscheiden.

¹¹ Damit ist natürlich nur die Verbannung des Krieges vom eigenen Territorium gemeint. Als Interventionsmächte blieben Großbritannien, die USA und Frankreich weltweit weiterhin sehr aktiv (Ferdowsi 1996).

*fürchtete, so geht nun der größte Schrecken gerade vom Zerfall von Staaten aus, die die Kontrolle über Menschen und Massenvernichtungsmittel verlieren.*¹²

Auch der Terrorismus löst sich aus seinen territorialen Verankerungen, wie nicht erst seit dem 11. September, sondern schon mit dem Boom von Flugzeugentführungen in den 1960er Jahren deutlich wird (Hoffman 2001). Er wird dabei zu einer Hybridform zwischen Krieg und Kriminalität, bei der die Grenzen des Nationalen, des Staatlichen und des Politischen verschwimmen oder klar überschritten werden (vgl. Beck 2001). Denn häufig gehören die Täter und ihre Unterstützer mehreren Nationen an. Oft werden sie von Staaten beauftragt, unterstützt oder geduldet - aber das ist keineswegs immer der Fall und vielfach gibt es in ihren Rückzugsräumen zwar nominell einen Staat, aber kein Gewaltmonopol. Und die Ziele müssen schließlich nicht politisch sein - im Sinne einer kalkulierten Strategie des Erwerbs staatlicher Macht, wie in der Terrorismusliteratur noch häufig unterstellt wird (Münkler 1992: 142ff.; Enders/Sandler 1999; Gressang 2000). Denn während der Stern der politischen Ideologien wie auch des Nationalstaates am verblassen ist, scheint Religion und Ethnizität immer mehr zur Leitidee aufzusteigen - treffend daher auch Jürgen Habermas' (2001) Rede von der 'postsäkularen Gesellschaft'.

Allerdings sind vielfach auch starke ökonomische Motive erkennbar. Diese werden sichtbar, wenn man die Konflikte in Somalia, Bosnien, Ruanda, Kosovo und Mazedonien mit Mary Kaldor (2000) oder Georg Elwert (1997) nicht als Krieg im herkömmlichen Sinne, sondern eher als nahtlosen Übergang zwischen staatlichen Handlungsformen, Terrorismus und Raubökonomie begreift. Auch Afghanistan wäre in diesem Sinne weniger als Staat, sondern eher als ein offener Gewaltmarkt zu begreifen, der vom Drogenexport in die Metropolen lebt, und der durch Waffenlieferungen und Nahrungsmittelhilfe aus den Metropolen gestützt wird. Auf solchen Gewaltmärkten ist Vertrauen ein besonders knappes Gut - Befehlsketten und Handelskontakte können jederzeit zusammenbrechen. So besehen scheint der Rekurs auf religiöse und ethnische Identitäten oftmals mehr der vorübergehenden Aufrechterhaltung von Gruppenbeziehungen zu dienen, als den Aufbau eines Nationalstaates oder eines Gottesstaates zum Ziel zu haben. Ethnische, religiöse und politische Ziele wären also vorgeschoben, um kurzfristige Gewinnmaximierung zu stützen und zu maskieren.

Gerade weil die Medien organisierte Gewalt in ihrer psychischen Wirkung nicht nur verstärken, sondern sie mit ihrer Bildtechnik enorm ästhetisieren, ist außerdem vermehrt mit expressiven Motiven zu rechnen (Imhof/Schulz 1995; Stocker/Schöpf 1998; Beham 2000; Shea 2000). Dies gilt umso mehr, als das Fernsehen und das globalisierte Marketing die lokalen Kulturen auszehren und ihnen häufig die Kraft rauben, auch den ökonomisch wenig Begüterten Würde, Anerkennung und erreichbare Lebensziele zu vermitteln. Im Protest, Aufstand und Terrorismus ginge es dann vielfach oft nur noch darum, die eigene Verzweiflung und Ohnmacht in die Welt hinauszuschreien und endlich auch einmal, wie ein Popstars, im Fernsehen zu erscheinen - also in jener Bilderwelt eine Spur zu hinterlassen, die für viele das Leben schlechthin bedeutet. Überhaupt gewinnt der Terrorismus seine Bedeutung vielfach erst durch die Medien (Perl

¹² Samuel Huntingtons 'Kampf der Kulturen' (1998) findet also nicht statt (wie er selbst auch im Hinblick auf den 11. September konstatiert hat). Er ist auch relativ unwahrscheinlich: Huntington geht nämlich noch von einer Identität von Kultur und Territorium aus, die schon aufgrund des globalen Finanz-, Informations-, Waren- und Menschenverkehrs längst nicht mehr gegeben ist. Zudem konzipiert er 'Kultur' essentialistisch, d.h. als vorgegeben und homogen, und übersieht dabei die heterogenen Mischungs- und Wandlungsformen, die eine kriegerische Mobilisierung ganzer 'Kulturen' kaum als möglich erscheinen lassen. Man könnte also sagen, dass Huntington (als alter 'Realist') noch ganz im nationalstaatlichen Paradigma und im Block-Denken des Kalten Krieges befangen ist und diese Denkweise lediglich auf Religionen als (vermeintliche) neue Block-Bildner überträgt.

1997). Denn seine physischen Wirkungen sind im allgemeinen eher lokal und bescheiden. Gerade die Unmittelbarkeit der Bildübertragung erzeugt erst jene dramatischen Effekte, denen sich die Politik dann kaum noch entziehen kann.

Was den nicht-staatlichen Terrorismus aber so gefährlich macht, so dass er seit dem 11. September sogar als 'Krieg' bezeichnet wird, ist dreierlei: Zum ersten der wachsende Geldbesitz in Kreisen, die sich nicht den kulturellen Idealen der methodisch-rationalen Kapitalvermehrung verpflichtet fühlen. Zu denken ist hier nicht nur an die Saudische Königsfamilie (Schmidt-Häuer 2001), sondern zum Beispiel auch an die japanische Aum-Sekte, die 1995 den Giftgas-Anschlag auf die Tokyoter U-Bahn verübte (Hoffman 2000). Zum zweiten die Proliferation von Ausrüstungen und Stoffen zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln, die nun auch für schwächere Staaten und sogar für Privatleute zugänglich werden (Wisgerhof 1999). Zum dritten die Anfälligkeit der technischen Zivilisation für Störungen mit katastrophalen Ausmaßen (Perrow 1989; Falkenrath 2001; Bendrath 2000).¹³ Hochhäuser etwa werden zu bevorzugten Anschlagzielen, einerseits weil sie als Symbol der Stärke wahrgenommen werden, zum anderen weil hier der Schaden einer einzelnen Attacke besonders große Ausmaße annehmen kann.

Es scheint demnach so, dass die Kräfte der Wohlstandssteigerung und Globalisierung auch neue Formen der Bedrohung mit sich bringen, die die Gewaltdrohung zwischen Staaten, also die bisherige Kriegsgefahr, in den Hintergrund drängen können. Wie reagiert nun der Staat auf diese neue Art der Bedrohung, die mit dem 11. September erstmals den Westen auch massiv auf eigenem Territorium heimgesucht hat? Zunächst ist zu konstatieren, dass das Prinzip von Kollektivität und Staatlichkeit gestärkt wird. Das ist eigentlich nicht überraschend, weil dies fast immer bei inneren oder äußeren Krisen geschieht. Aber es widerspricht der Voraussage, dass die Globalisierung zur Schwächung der Politik führe. Fraglich ist allerdings, ob die Rückkehr der Politik sich in nationalstaatlicher Form manifestiert.

In den USA scheint dies in gewisser Weise der Fall zu sein. Schon vor dem 11. September sah es so aus, als ob sich die Bush-Regierung mit ihrer Haltung gegenüber China, ihrer Klimapolitik, ihrem Raketenschild, der Nicht-Unterzeichnung des Biowaffen-Kontrollabkommens (Biliouri/Makarenko 2001) und ihren Attacken auf den Internationalen Strafgerichtshof am liebsten im alten Souveränitäts-Denken einigeln wollte. Die patriotische Begeisterung bestärkte nun die 'Falken' im Pentagon darin, gegen Afghanistan und eventuell gegen andere sogenannte Schurkenstaaten 'Krieg' zu führen, so als ob man noch in der alten Staatenwelt leben würde. Die nicht-staatlichen Bedrohungen werden also zu staatlichen Angriffen umdefiniert und mit konventioneller Kriegsführung beantwortet. Nur das Kriegsrecht wird ganz nach Belieben außer Kraft gesetzt - die auf Guantanamo verbrachten Al-Quaida-Kämpfer werden rechtlich weder als Kriegsgefangene noch als Kriminelle behandelt, sondern einfach wie böse Tiere gefangen gehalten (Die Zeit v. 24.1.2002, S.7). Diese gerade aufgrund der technologischen Überle-

¹³ In der Reduktion dieser Anfälligkeit läge die Möglichkeit einer alternativen Sicherheitspolitik: Statt wie derzeit die Bürgerrechte einzuschränken und jeden irgendwie fremdländisch erscheinenden Menschen als potentiellen Terroristen zu behandeln, müsste man die Finanz-, Informations-, Verkehrs- und Warenströme sicherer machen. Was dies für die Computernetze und den befürchteten Cyberterrorismus bedeutet, hat Ralf Bendrath (2000) näher ausgeführt: Es gehe nicht darum, die individuellen Nutzer zu identifizieren und permanent zu überwachen, sondern die Netze, Programme und Maschinen gegen Viren und andere elektronischen Attacken sicherer zu machen. In diesem Sinne müsste man also generell darauf aus sein, mehr die Dinge und nicht so sehr die Menschen zu kontrollieren (wobei Menschen und Dinge selbstverständlich auch zusammenhängen, aber viele Dinge für die personale Integrität des Menschen eben mehr oder weniger verzichtbar sind): Es müsste zur Aufhebung des Bankgeheimnisses und der stärkeren Überwachung des Zahlungsverkehrs kommen, zur Nicht-Proliferation von Waffen etc.

genheit hilflos wirkenden Rückgriffe auf alte Denkmuster und Strategien sind allerdings nicht ganz überraschend, weil es an sozialer Phantasie mangelt und neue Methoden und Instrumente noch kaum entwickelt sind.¹⁴

Überraschend ist vor diesem Hintergrund allerdings die Bereitschaft zur blockübergreifenden Zusammenarbeit - sowohl von Seiten der USA, wie aber auch von Russland, China und den arabischen Staaten. Statt von der herkömmlichen 'Anarchie der Staatenwelt' konnte man zwischenzeitlich bei der 'Allianz gegen den Terror' fast von einem globalen Gewaltmonopol sprechen. Doch auch allgemeiner hat sich seit 1989 ein Trend ausgebildet, im UN-Sicherheitsrat zusammenzuarbeiten und auch bei innerstaatlichen Konflikten zu intervenieren. Dabei ist es im Hinblick auf meine These weitgehend gleichgültig, ob man diese Politik mit der Durchsetzung der Menschenrechte begründet oder auf Sicherheitsinteressen zurückführt. Entscheidend ist vielmehr, dass sich offenbar die Wahrnehmung herausbildet, dass weltweite Verflechtungen weltweite Bedrohungen hervorrufen, auf die die Staatenwelt nur noch gemeinsam reagieren kann. Militärschläge können die USA im Zweifelsfall auch alleine führen, aber bei der zivilen Terrorismusprävention sind sie auf internationale Kooperation angewiesen.

Insgesamt lässt sich also konstatieren, dass die neuen transnationalen Bedrohungen nicht nur aus der Globalisierung hervorzugehen, sondern diese auch ihrerseits auf politischem Gebiet voranzutreiben. Was sich hier zusammenschließt sind freilich nicht Bürger, sondern Staaten, die auf die Massenmobilisierung ihrer Bürger vielfach nicht mehr angewiesen sind. Indem sich die Staaten zusammenschließen, müssen und können sie auf die politischen Identifikationsbedürfnisse und die sozialen Interessen ihrer Bürger auch kaum mehr Rücksicht nehmen. Während der Nationalstaat seinen Bürgern stabile Orientierungen ermöglichte, macht Globalisierung sie tendenziell heimatlos.¹⁵ Im Westen scheint dies bei der autochthonen Bevölkerung vor allem dem Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus Auftrieb zu geben, bei den Immigranten und in anderen Teilen der Welt findet der religiöse Fundamentalismus stärkeren Rückhalt. Der Rückgang der Kriegsgefahr zwischen den Nationalstaaten scheint also insgesamt mit dem Aufkommen neuer Bedrohungen und Ängste erkauft.

¹⁴ Längst hat man sich vom Krieg und vom Kriegsrecht alter Prägung verabschiedet. Aber im Unterschied zu Carl Schmitt (1996; 1995, S. 94f.) - und anderen Kriegsnostalgikern - sollte man sich nicht darüber beklagen, dass die Gewaltanwendung nun asymmetrisch (also gleichsam ‚unsportlich‘) geworden ist: dass westliche Streitmächte sich also nicht auf Kämpfe Mann gegen Mann einlassen, sondern ihre technische Überlegenheit ausspielen. Nicht die Existenz von Distanzwaffen als solches ist zu beklagen, sondern die gegenwärtigen Modalitäten ihrer Verwendung. Gerade weil - wie Schmitt ganz richtig beobachtet - Distanzwaffen dazu verführen, den Gegner wie Ungeziefer zu behandeln, bedarf es sowohl einer ausgesprochen skrupulösen Rechtfertigung des Einsatzes als auch einer extrem differenzierten und akribischen Handhabung der Waffen (aber ganz bestimmt keiner Flächenbombardements!). Natürlich ist es andererseits naiv - unter der Annahme, dass Weltinnenpolitik nicht etwa nur ein Ziel am Horizont, sondern bereits Realität sei - zu glauben, dass man einfach nur gewöhnliche Polizisten zu schicken bräuchte und gegen Terroristengruppen das Individualstrafrecht *sensu stricto* anwenden könnte.

¹⁵ Entsprechend war die Fremdenfeindlichkeit in der Zeit bis 1945 nationalstaatlich organisiert, heute entlädt sie sich eher spontan und fragmentiert - man könnte auch sagen 'subpolitisch'. Der zunehmend supranational orientierte Staat hingegen unterscheidet zwischen ökonomisch nützlichen, nutzlosen und (und im Sinne eines transnationalen Terrorismus) eventuell gefährlichen 'Ausländern'. Er hebt also zum Beispiel auch bei der neuen deutschen Einwanderungspolitik nicht mehr auf kollektive Merkmale - Nationalität, Ethnizität, Religion -, sondern auf individuelle Eigenschaften der Migranten ab.

Schluss

Der Nationalstaat ist aus der Kriegsdrohung heraus entstanden und hat seine Nachbarn seinerseits wiederum mit Krieg bedroht. Nationenbildung und Krieg bedeutete dabei Modernisierung in vierfacher Weise: Erstens die Förderung der technisch-industriellen Voraussetzungen - also ökonomische Modernisierung. Zweitens die Entfaltung zentralisierter Entscheidungsverfahren und Verwaltungsstrukturen - also politische Modernisierung. Drittens die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich über alle Gruppen hinweg - also soziale Modernisierung, Viertens die Durchsetzung gemeinsamer Sprache, Denkmuster und Orientierungen - also kulturelle Modernisierung. Dadurch wurde in einem selbstverstärkenden Zirkel die Massenmobilisierung immer mehr erweitert und die Intensität der Kriegsführung immer weiter gesteigert - bis zu den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki. Aber die technische Steigerung der Kriegsdrohung zwischen den Großmächten hatte Nebenfolgen - sie wurde so monströs, dass sie in kalten Frieden umkippte. Dadurch ist die Modernisierung gleichsam auf ein anderes Gleis geraten - sie war nun nicht mehr um den Nationalstaat, sondern den globalen Ausbau wirtschaftlicher Zusammenarbeit und die Entfaltung transnationaler Zivilgesellschaft zentriert. Doch auch diese Phase im Modernisierungsprozess bringt ihre eigenen Gefahren hervor, die nunmehr aus den gewachsenen transnationalen Verflechtungen entstehen. Die neuen Bedrohungen lassen aber auch das zwischenzeitlich in die Defensive geratene Prinzip der Staatlichkeit verstärkt wiederauferstehen - diesmal aber nicht so sehr auf nationaler, als vielmehr auf supranationaler Ebene. Die ökonomische, kulturelle und politische Modernisierung wird also teilweise fortgesetzt. Aber sie sorgt auch allenthalben für soziale und kulturelle Verunsicherung, indem die nationalstaatlichen Bindekräfte geschwächt und nationalstaatliche Zugehörigkeiten entwertet werden. Dies gibt wiederum den transnationalen Gefährdungen Auftrieb, so dass auch hier eventuell ein selbstverstärkender Zirkel entsteht. Die Kriegsgefahr durch die hierarchische Großorganisation 'Nationalstaat' scheint im Westen vorerst gebannt, aber die dezentralen Netzwerke des Terrors schicken sich an, zum neuen Alptraum der Moderne zu werden. Gegen alle euphemistischen Lesarten ist also festzustellen, dass die Moderne Gewalt hervortreibt und von den ihr eigenen Gewaltprozessen vorangetrieben wird.

Literatur

- Andreski, Stanislav (1968): *Military Organization and Society*, London: Routledge & Kegan Paul
- Arreguín-Toft, Ivan (2001): *How the Weak Win Wars. A Theory of Asymmetric Conflict*, in: *International Security* 26, pp. 93-128
- Barkin, Samuel/Cronin, Bruce (1994): *The state and the nation. Changing norms and the rules of sovereignty in international relations*, in: *International Organization* 48. pp. 107-130
- Beck, Ulrich (1996): *Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik*, in: Andreas Diekmann/Carlo Jaeger (Hrsg.), *Umweltsoziologie. Sonderheft 36 der KZfSS*, Opladen: Westdeutscher Vlg., S. 119-147.
- Beck, Ulrich (2001): *Das Schweigen der Wörter und die politische Dynamik in der Weltrisikogesellschaft*, Rede vor der Russischen Duma in Moskau, November 2001, Manuskript
- Beham, Mira (2000): *Der Informationskrieg um das Kosovo*, in: *S + F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden* 18, S. 218-226
- Bendrath, Ralf (2000): *Elektronisches Pearl Harbor oder Computerkriminalität? Die Reformulierung der Sicherheitspolitik in Zeiten globaler Datennetze*, in: *S + F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden* 18, 135-144
- Berg, Manfred (2000): *Soldaten und Bürger. Zum Zusammenhang von Krieg und Wahlrecht in der amerikanischen Geschichte*, in: Wolfgang Knöbl/Gunnar Schmidt (Hrsg.), *Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne*, Frankfurt/M.: Fischer, S. 147-173
- Biliouri, Daphne/Makarenko, Tamara (2001): *US policy risks undermining bioweapons control regime*, in: *Jane's Intelligence Review*, October 2001, pp.47-49
- Elias, Norbert (1976): *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, 2 Bände, Frankfurt/M.: Suhrkamp [1939]
- Elwert, Georg (1997): *Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt*, in: Trutz von Trotha (Hrsg.), *Soziologie der Gewalt. Sonderheft der KZfSS*, Opladen: Westdeutscher Vlg., S. 86-101
- Enders, Walter/Sandler, Todd (1999): *Transnational Terrorism in the Post-Cold War Era*, in: *International Studies Quarterly* 43, pp. 145-167
- Esping-Andersen, Gosta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press
- Ettrich Frank (2001): *„Neue Kriege“ und die Soziologie des Krieges*, in: *Berliner Journal* 3/01, 391-404
- Falkenrath, Richard (2001): *Problems of Preparedness. U.S. Readiness for a Domestic Terrorist Attack*, in: *International Security* 25, pp. 147-186
- Ferdowsi, Mir A. (1996): *Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg. Dimensionen - Ursachen - Perspektiven*, in: Manfred Knapp/Gert Krell (Hrsg.), *Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch*, München: Oldenbourg, Kap. 3.3. (S. 305-333)

- Fiedler, Gudrun (1989): Jugend im Krieg. Bürgerliche Jugendbewegung, Erster Weltkrieg und Sozialer Wandel 1914-1923, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik
- Foerster, Roland G., Hrsg. (1994): Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung, München: R. Oldenbourg
- Frevert, Ute (1997a): Das jakobinische Modell. Allgemeine Wehrpflicht und Nationsbildung in Preußen-Deutschland, in: dies., Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart: Klett-Cotta, S.17-47.
- Frevert, Ute, Hrsg. (1997): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart: Klett-Cotta
- Gartzke, Erik (2001): Democracy and the Preparation for War. Does Regime Type Affect States' Anticipation of Casualties?, in: International Studies Quarterly 45, S. 467-484
- Giddens, Anthony (1985): The Nations-State and Violence. Volume Two of a Contemporary Critique of Historical Materialism, Cambridge: Polity Press.
- Gressang, Daniel (2000): Terrorism and Sovereignty. Considering the Potential for Success, in: Low Intensity Conflict & Law Enforcement 9, pp. 67-92
- Gunaratna, Rohan (2001): Transnational threats in the post-Cold War era, in: Jane's Intelligence Review, January 2001, pp. 46-50
- Habermas, Jürgen (2001): Glauben und Wissen, Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreis des dt. Buchhandels am 14.10.2001 in der Frankfurter Paulskirche, Manuskript
- Haferkamp, Heinrich (2000): Kriegsfolgen und gesellschaftliche Wandlungsprozesse, in: Wolfgang Knöbl/Gunnar Schmidt (Hrsg.), Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt/M.: Fischer, S. 102-124
- Haffner, Sebastian (2000): Der neue Krieg, Berlin: Alexander Vlg. [ursprünglich erschienen als Vorwort zur deutschen Übersetzung von Mao Tse-tungs militärischen Schriften, dt. Titel "Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der Dritten Welt", Reinbek: Rowohlt 1966]
- Higonnet, Margaret /Jenson, Jane /Michel, Sonya/Weitz, Margaret (1987): Introduction, in: Margaret Higonnet/Jane Jenson/Sonya Michel/Margaret Weitz (Eds.): Behind the Lines. Gender and the Two World Wars, New Haven: Yale Univ. Press, pp. 1-17
- Higonnet, Margaret/Higonnet, Patrice (1987): The Double Helix, in: Margaret Higonnet/Jane Jenson/Sonya Michel/Margaret Weitz (Eds.): Behind the Lines. Gender and the Two World Wars, New Haven: Yale Univ. Press, pp. 31-49
- Hillgruber, Christian (2001): Humanitäre Intervention, Grossmachtspolitik und Völkerrecht, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, Deutsches und Europäisches Öffentliches Recht 40, S. 165-191
- Hoffman, Bruce (2000): Terrorism by Weapons of Mass Destruction. A Reassessment of the Threat, in: S + F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden 18, S.125-130
- Hoffman, Bruce (2001): Terrorismus. Der unerklärte Krieg, Frankfurt/M.: Fischer
- Huntington, Samuel (1998): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München: Goldmann/Siedler ['Clash of Civilizations', 1996]

- Imhof, Kurt/Schulz, Peter, Hrsg. (1995): Medien und Krieg - Krieg in den Medien, Zürich: Seismo
- Jagodzinski, Wolfgang/Weede, Erich (1980): Weltpolitische und ökonomische Determinanten einer ungleichen Einkommensverteilung. Eine international vergleichende Studie, in: ZfS 9, S. 132-148
- Janowitz, Morris (2000): Militärische Institutionen und Staatsbürgerschaft in westlichen Gesellschaften, in: Wolfgang Knöbl/Gunnar Schmidt (Hrsg.), Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt/M.: Fischer, S. 127-146 [1976]
- Joas, Hans (1991): Zwischen machtpolitischem Realismus und pazifistischer Utopie. Krieg und Frieden als Thema der soziologischen Theorie, in: Berliner Journal für Soziologie; Sonderheft 1; S. 59-71
- Joas, Hans (1996): Die Modernität des Krieges. Die Modernisierungstheorie und das Problem der Gewalt, in: Leviathan, 24. Jg., S.13-27
- Joas, Hans (2000): Sprayed and Betrayed. Gewalterfahrung im Vietnamkrieg und ihre Folgen, in: ders., Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, S. 165-180
- Joas, Hans (2000a): Gibt es eine militaristische Tradition in der Soziologie?, in: ders., Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, S. 204-235
- Joas, Hans/Steiner, Helmut (Hrsg.) (1989): Machtpolitischer Realismus und pazifistische Utopie. Krieg und Frieden in der Geschichte der Sozialwissenschaften, Frankfurt/M. : Suhrkamp
- Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Kiernan, Victor G. (1973): Conscription and Society in Europe before the War of 1914-18, in: Michael R. Foot (Ed.): War and Society, London: Paul Elek, pp. 141-158
- Knöbl, Wolfgang (1993): Nationalstaat und Gesellschaftstheorie. Anthony Giddens', John A. Halls und Michael Manns Beiträge zu einer notwendigen Diskussion, in: Zeitschrift für Soziologie 22, 221-235
- Koslowski, Rey/Kratochwil, Friedrich (1994): Understanding change in international politics. The Soviet empire's demise and the international system, in: International Organization 48, S. 215-247.
- Lippert, Ekkehard (1995): Die Debatte um die Wehrpflicht, in: Eckardt Opitz/ Frank Rödiger, Hrsg.: Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven, Bremen: Ed. Temmen, S. 168-189
- Mann, Michael (1999): The Dark Side of Democracy. The Modern Tradition of Ethnic and Political Cleansing, in: New Left Review No. 235, pp. 18-45
- Mann, Michael (2000): Krieg und Gesellschaftstheorie - Klassen, Nationen und Staaten auf dem Prüfstand, in: Wolfgang Knöbl/Gunnar Schmidt (Hrsg.), Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt/M.: Fischer, S. 25-51.

- Marwick, Arthur (1974): *War and Social Change in the Twentieth Century. A comparative study of Britain, France, Germany, Russia and the United States*, London: Macmillan.
- Meinefeld, Werner (1995): *Realität und Konstruktion. Erkenntnistheoretische Grundlagen einer Methodologie der empirischen Sozialforschung*, Opladen, Leske + Budrich
- Meyers 1999: Stichwort "Wahlrecht" (mit Tabelle zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen in den Industrieländern), in: *Meyers Grosses Taschenlexikon*, 7. neu bearbeitete Auflage, Mannheim: B.I.-Taschenbuchverlag (Bd. 24, S. 205f.)
- Meyers, Reinhard (1995): *Von der Globalisierung zur Fragmentierung? Skizzen zum Wandel des Sicherheitsbegriffs und des Kriegsbildes in der Weltübergangsgesellschaft*, in: Paul Kevenhörster / Wichard Woyke (Hrsg.): *Internationale Politik nach dem Ost-West-Konflikt : globale und regionale Herausforderungen*; Münster; agenda Verl.; S. 33-82
- Meyers, Reinhard (2000a): *Krieg und Frieden*, in: Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, 8. aktual. Auflage, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 241-261
- Meyers, Reinhard (2000b): *Theorien der internationalen Beziehungen*, in: Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, 8. aktual. Auflage, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 416-489
- Münkler, Herfried (1992): *Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken*, Frankfurt/M.: Fischer.
- Nederveen Pieterse, Jan (1996): *Soziologie der humanitären Intervention. Bosnien, Somalia und Rwanda im Vergleich*, in: *Das Argument* 38, S. 781-800 (Nr. 217)
- Opitz, Eckardt/Rödiger, Frank S., Hrsg. (1995): *Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven*, Bremen: Ed. Temmen
- Parker, Geoffrey (1990): *Die militärische Revolution. Die Kriegskunst und der Aufstieg des Westens 1500-1800*, Frankfurt/M.: Campus
- Pearson, Frederic S./Rochester, J. Martin (1988): *International Relations. The Global Condition in the Late Twentieth Century*, New York: Random House
- Perl, Raphael (1997): *Terrorism, the Media, and the Twentieth-first Century: Perspectives, Trends and Options for Policy Makers*, in: *Low Intensity Conflict & Law Inforcement* 6, pp.93-102
- Perrin, Noel, 1996: *Keine Feuerwaffen mehr. Japans Rückkehr zum Schwert 1543-1879*, Stuttgart: Klett-Cotta [1979]
- Perrow, Charles (1989): *Normale Katastrophen - Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik*, Frankfurt/M.: Campus
- Pope, Rex (1991): *War and Society in Britain 1899-1948*, London: Longman
- Reid, Alastair (1988): *World War I and the Working Class in Britain*, in: Arthur Marwick (Ed.): *Total War and Social Change*, New York: St. Martin's Press, pp. 16-24
- Rödiger, Frank (1995): *Wehrstruktur und Rekrutierungssysteme - weltweit*, in: Eckardt Opitz/ Frank Rödiger, Hrsg.: *Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven*, Bremen: Ed. Temmen, S. 215-226

- Roseman, Mark (1988): World War II and Social Change in Germany, in: Arthur Marwick (Ed.): Total War and Social Change, New York: St. Martin's Press, pp. 58-78
- Rosenau, William/Gay, Kemper/Mussington, David (1997): Transnational Threats and US National Security, in: Low Intensity Conflict & Law Enforcement 6, pp. 144-161
- Saaler, Sven (2000): Zwischen Demokratie und Militarismus. Die Kaiserlich-Japanische Armee in der Politik der Taishô-Zeit (1912-1926), Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt
- Schmidt-Häuer, Christian (2001): Die Saud-Connection, in: Die Zeit vom 15.11.2001, S.17-20 (Zeit-Dossier)
- Schmitt, Carl (1995): Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkungen zum Begriff des Politischen, 4. Auflage, Berlin: Dunker & Humblot [1963]
- Schmitt, Carl (1996): Der Begriff des Politischen, 4. Nachdruck der Ausgabe von 1963, Berlin: Dunker & Humblot [1932]
- Shaw, Martin (1988): Dialectics of War. An Essay in the Social Theory of Total War and Peace, London: Pluto Press.
- Shaw, Martin (1991): Post-Military Society. Militarism, Demilitarization and War at the End of the Twentieth Century, Cambridge: Polity Press
- Shea, Jamie (2000): Die Kosovo-Krise und die Medien. Reflexionen eines NATO-Sprechers, in: S + F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden 18, S. 208-217
- Skocpol, Theda (1979): States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia and China, Cambridge: Cambridge Univ. Pr.
- Skocpol, Theda (2000): Soziale Revolutionen und Massenmobilisierung, in: Wolfgang Knöbl/Gunnar Schmidt (Hrsg.), Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt/M.: Fischer, S. 75-101.
- Stocker, Gerfried/Schöpf, Christine (1998): Information. Macht. Krieg, Wien: Springer
- Summerfield, Penny (1988): Women, War and Social Change. Women in Britain in World War II, in: Arthur Marwick (Ed.): Total War and Social Change, New York: St. Martin's Press, pp. 95-118
- Tiryakian, Edward A. (2000): Krieg - Die verborgene Seite der Moderne, in: Wolfgang Knöbl/Gunnar Schmidt (Hrsg.), Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt/M.: Fischer, S. 194-213.
- van Creveld, Martin (1998): Die Zukunft des Krieges, München: Gerling Akademie Vlg. [1991]
- Vogt, Wolfgang R., Hrsg. (1986): Militär als Gegenkultur. Streitkräfte im Wandel der Gesellschaft (I), Opladen: Leske + Budrich
- Vogt, Wolfgang R., Hrsg. (1988): Militär als Lebenswelt. Streitkräfte im Wandel der Gesellschaft (II), Opladen: Leske + Budrich
- von Friedeburg, Robert (1997): Klassen-, Geschlechter- oder Nationalidentität? Handwerker und Tagelöhner in den Kriegervereinen der neupreußischen Provinz Hessen-Nassau 1890-1914, in: Frevert, Ute, Hrsg. (1997): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 229-244

Manuskript, erschienen in: Soziale Welt 53, 2002, 49-65 (Copyright beim Verlag)

Weber, Max (1951): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen: Mohr

Weiss, Linda (1993): War, the State, and the Origins of the Japanese Employment System, in: Politics & Society 21, 325-354

Wette, Wolfram (1999): Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945. Zeitgenössische Analysen und Kritik, Münster: LIT

Wisgerhof, Amy (1999): International Non-State Terrorism and the Transstate Paradigm, in: Low Intensity Conflict & Law Enforcement 8, pp. 58-80

Wittrock, Björn (2001): History, War and the Transcendence of Modernity, in: European Journal of Social Theory 4, S. 53-72

Organised Violence as 'Dark Site' of Modernisation: From National War to Transnational Terrorism.

In social theory, modernisation is traditionally conceived as an evolutionary and peacefully course, whereas war is seen as an atavistic, premodern relic. In contrast to this conception I will show that in the era until 1945 the intensity of war-making was enforced due to the process of national integration and vice versa the permanent war threat accelerated the nation-building. Since 1945 - and even more since 1989 - one can observe a new pattern of development, which is marked by the technologisation of warfare, the supranationalisation of the State, and the individualisation of citizens. There is emerging the phenomenon of 'post-military society' - a society which as a whole is not anymore integrated by nationalistic feelings. But because of the increasing transnationalisation of migration, of communication, of commerce and of arms trading and due to the increasing exclusion of individuals from the national community we are observing a new tendency of transnational violence executed by non-governmental actors and organisations. This transnational threat promotes not so much the national, but the *supranational* integration of the State. Whereas until 1945 organised violence set up a self-enforcing circle of national inclusion, now it seems to intensify the globalistic circle of exclusion.

Herkömmliche Vorstellungen begreifen Modernisierung als einen friedlichen, evolutionären Verlauf, Krieg hingegen als ein atavistisches, vormodernes Relikt. Demgegenüber wird hier gezeigt, dass in der Zeit bis 1945 der Prozess der nationalstaatlichen Integration die Intensität des Krieges kontinuierlich gesteigert und umgekehrt die permanente Kriegsdrohung die nationalstaatliche Integration ihrerseits vorangetrieben hat. Seit 1945 und verstärkt seit 1989 ist hingegen in der OECD-Welt ein neues Prozessmuster zu konstatieren, das durch die Technologisierung der Kriegsführung, die Supranationalisierung des Staates und die Individualisierung der Bürger gekennzeichnet ist. Es entsteht das Phänomen 'post-militärischer Gesellschaft' - einer Gesellschaft, die als Ganzes nicht mehr durch nationalistische Emotionen zusammengehalten wird. Aber durch die zunehmende Transnationalisierung der Migranten-, Kommunikations-, Wirtschafts- und Waffenströme und aufgrund zunehmender Exklusion der Individuen aus der nationalstaatlichen Gemeinschaft kommt es nun verstärkt zur transnationalen Gewaltausübung durch nicht-staatliche Akteure und Organisationen. Diese transnationale Bedrohung fördert ihrerseits nicht so sehr die nationale, sondern vielmehr die *supranationale* Integration des Staates. Während bis 1945 organisierte Gewalt eine nationalstaatliche Inklusionsspirale in Gang gesetzt hat, scheint sie nun die globalistische Exklusionsspirale zu intensivieren.